

Evangelische Arbeitnehmer gegen private Pflegeversicherung

60 Jahre Arbeitsgemeinschaft für Soziale Fragen in Bayern und Thüringen

Nürnberg (epd). Die evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soziale Fragen in Bayern und Thüringen (EAG) spricht sich gegen eine Privatisierung der Sozialsysteme aus. In einer Resolution, die die EAG zu ihrer 60-Jahr-Feier in Nürnberg verabschiedete, heißt es, "vor allem die Pflege darf nicht privatisiert werden". Es widerspreche in höchstem Maße der evangelischen Sozialethik, wenn Pflegeleistungen nur vom Geld abhängen.

Zudem fordert der Verband, dass Beiträge zu sozialen Sicherungssystemen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder zu gleichen Teilen gezahlt werden. Zusätzlich will die EAG alle Bürger und alle Einkommensarten in die Sozialsysteme einbeziehen. Dazu sollten auch Gewinne aus Vermietungen und Verpachtungen zählen.

Der Verband entsendet die evangelischen Vertreterinnen und Vertreter in die Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen, Genossenschaften sowie in Arbeits- und Sozialgerichte. Der Vizepräsident der evangelischen Landessynode in Bayern, Peter Seißer, betonte, die Vertreter der Arbeiterschaft in den Gerichten seien wichtig, damit Urteile "nicht an der Praxis vorbeigehen".

Der Vorstand der AOK-Bayern, Helmut Platzer, sagte in seinem Festvortrag, innerhalb der Wirtschaftskrise habe sich gezeigt, "wie stabil die Systematik der sozialen Sicherungssysteme den sozialen Frieden macht." Wie wichtig es sei, von Arbeit oder Rente leben zu können, unterstrich der Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der evangelischen Kirche (kda) in Bayern, Johannes Rehm. "Wir brauchen eine Würde der Arbeit", sagte er.

Der bayerische DGB-Vorsitzende Matthias Jena forderte anlässlich der 60-Jahr-Feier der EAG alle Christen auf, "sich aus dem christlichen Glauben heraus, mehr in den aktuellen politischen System einzusetzen". Der frühere evangelische Sozialpfarrer Hans Gerhard Koch betonte zum Abschluss der Tagung, die Vision der alten, "der echten sozialen Marktwirtschaft", brauche Menschen, die für sie kämpfen. Die Zukunft werde sich daran entscheiden, "ob es uns gelingt, das private Profitstreben in Schranken zu halten und ob wir eine vernünftige Balance zwischen öffentlicher Verantwortung und privater Initiative finden." (01/2928/14.10.2012)